

## Creptow gegen die Wohnungsnot

2 Millionen Mark bewilligt.

Die Gemeindevertretung von Berlin-Creptow hat in ihrer gestrigen Sitzung mehrere bedeutungsvolle Beschlüsse zur Bekämpfung der Wohnungsnot gefaßt. Der Vorsitzende, Bürgermeister Schab..., gab einen längeren Überblick über den Stand der Dinge in Reich, Staat und Kreis. Der Staatskommissar für das Wohnungswesen habe bereits den Gemeinden Baukostenzuschüsse in Aussicht gestellt; der Kreis Teltow beabsichtige, eine gemeinnützige Siedlungsgesellschaft zu gründen; es sei ein Wohnungsnachweis einzurichten, und auch die Umwandlung der geeigneten Dach- und Kellerräume komme in Frage. Die Gemeindevertretung beschloß daraufhin, obwohl die Zahl der für eine Umwandlung in Wohnräume in Frage kommenden Dach- und Kellerräume in Creptow nur gering ist, dennoch solchen Besitzern, die derartige Umbauten vornehmen wollen, einen Zuschuß aus Gemeindemitteln zu geben. Vor allen Dingen soll angestrebt werden, daß die Räume schon jetzt und nicht erst nach Beendigung des Krieges zum Wohnen freigegeben werden. Ferner wurde der Gemeindevorstand beauftragt, die Eigentümer solcher Grundstücke, die jetzt ohne weiteres bebaut werden dürfen, aufzufordern, Bauvorlagen einzureichen. Es sollen dann die Baukostenberechnungen aufgestellt und der Staatskommissar ersucht werden, Bauzuschüsse zu gewähren und Baustoffe zu überweisen, damit mit dem Bau sofort begonnen werden kann. Die Gemeindevertretung war der Ansicht, daß das private Baugewerbe bei der Bekämpfung der Wohnungsnot durch die Gemeinde nicht ausgeschaltet werden dürfe, sondern daß man im Gegenteil versuchen müsse, es mit allen Mitteln heranzuziehen. Die Gemeinde Creptow will aber noch weiter gehen und für diesen Zweck Grundstücke kaufen, die sie entweder selbst bebaut oder durch andere mit Hilfe von Bauzuschüssen bebauen läßt. Für diese Zwecke stellte die Gemeindevertretung einen Kredit bis zu 2 Millionen M. zur Verfügung. Ferner beschloß die Gemeindevertretung, einen Gemeindevohnungsnachweis einzurichten, sobald die erforderlichen Polizeiverordnungen des Regierungspräsidenten vorliegen. Ueber die Beteiligung der Gemeinde an der Siedlungsgesellschaft im Kreise Teltow wurde die Beschlußfassung noch ausgesetzt.

Zu Liebesgaben an Gemeindeangehörige im Felde und in der Etappe, sowie an die Feldtruppen zu Weihnachten wurden insgesamt 30 000 M. bewilligt. Die einmalige Kriegsteuerzuschulage an die Beamten der Gemeinde wurde entsprechend den staatlichen Grundätzen gewährt; die Hilfskräfte und Arbeiter erhalten einen vollen Monatslohn einschließlich der ihnen jetzt gewährten Kriegsgeldhilfen.

\*